

FAUST

Magazin der bayerischen Jusos



MODERNE

NAZIS?

ALTE UND NEUE RECHTE AUF DEM VORMARSCH



Liebe Genossinnen und Genossen,

der Kampf gegen Rechtsextremismus erweist sich bedauerlicherweise als Dauerthema für uns Jusos. Und es ist nicht immer einfach, auf dem Laufenden zu bleiben: NPD-Wahlerfolge und „national befreite Zonen“, Geschichtsrevisionsismus und unterschwelliger Antisemitismus, „Wir sind Deutschland“-Kampagnen, „Wir sind wieder wer“- Parolen und Heuschrecken-Schelte. Das Phänomen Rechtsextremismus ist nicht neu, aber es gibt immer neue Schattierungen und Erscheinungsweisen. Die rechte Szene ist in Bewegung und als Antifaschist hat man Schwierigkeiten, Schritt zu halten und mehr als Verteidigungsgefechte zu führen. Mit dieser Ausgaben der FAUST zum Thema „Moderne Nazis? Alte und neue Rechte auf dem Vormarsch“ möchten wir dazu beitragen, politische Debatten nachvollziehbar zu machen. Wir möchten Euch damit in die Lage versetzen, Euch kompetent und sachkundig in die politische Auseinandersetzung einzumischen.

Viel Spaß beim Lesen
Nicky Bormann & André Pöhler

SEITE

- A U S D E M I N A L T
- 3 ► **MEPHISTO**
 - 4 ► **Faust auf Faust**
 - 6 ► **Du bist das Wunder von Deutschland!**
 - 7 ► **BLICK NACH MITTE**
 - 8 ► **DUNKLE FLECKEN AUF DER WEISSEN WESTE**
 - 10 ► **DAS FRAUENBILD DER RECHTEN**
 - 12 ► **Matriarchatsdebatte**
 - 13 ► **DER UMGANG MIT DER NPD IM SÄCHSISCHEN LANDTAG**
 - 15 ► **DIE 3-SÄULEN-STRATEGIE DER NPD**
 - 16 ► **Die NPD-Schulhof-CD in der Kritik**
 - 18 ► **Rechtsextreme JUGENDKULTUR in Deutschland**
 - 20 ► **VERKEHRTE WELT**
 - 22 ► **ICH BIN JA NICHT ANTISEMITISCH, ABER...**
 - 24 ► **WALSER UND HOHMANN**
 - 26 ► **NEUE RECHTE**
 - 28 ► **Studieren für Ehre, Freiheit, Vaterland?**
 - 30 ► **Die Umdeutung der Geschichte**
 - 34 ► **Rechte Strukturen in Bayern 2005**
 - 35 ► **Politisch korrekte Weiterbildung**
 - 36 ► **GRETECHEN**

IMPRESSUM

Herausgeber und Redaktionsanschrift: Jusos in der SPD - Landesverband Bayern; Markus Grill, Landesgeschäftsführer; Oberanger 38 III, 80331 München, Telefon 089 / 23 17 11-37, Fax 089 / 23 17 11-39, e-mail: buero@jusos-bayern.de; **Redaktionsleitung:** (V.i.S.d.P.) André Pöhler; **Gestaltung und Layout:** Grafik.Büro Gegensatz, Regensburg; **Druck:** Kartenhaus Kollektiv, Regensburg; **Auflage:** 3.500 Stück
Bildnachweis: Seite 3/4/11/14/15/18/19 © Black-Red-Press; Seite 29/29 © ddp; Seite 36 © Aryan Wear; Seite 7/8/10/14/25/26 © photocase.com; Seite 6/9/16/17/20/21/30/31/32/33/34 © Jusos;
Mit Namen oder Namenszeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden VerfasserIn dar. Weiterführende Literatur zu den einzelnen Themen bei der Redaktion.

Aus Fehlern lernen!

Der Nebel, der das Wahlergebnis vom 18. September 2005 zunächst umgab, hat sich verzogen. Die Bundesparteitage von SPD, CDU und CSU haben einen Koalitionsvertrag beschlossen, der neben einigem Licht – man denke nur an die Erhaltung des BAFöG oder an das 25 Mrd. Euro schwere Paket zur Stabilisierung der konjunkturellen Entwicklung – auch ein gerüttelt Maß an Schatten enthält.

Anzuführen sind hier sicherlich neuerliche Einschränkungen beim Kündigungsschutz, die in voller Kenntnis ihrer ökonomischen Unsinnigkeit vereinbart wurden. Anzuführen sind auch die Angriffe auf die Rechtspositionen junger Menschen im Rahmen von Hartz IV. Hier trug offensichtlich die sachlich wie sprachlich gleichermaßen unerträgliche Debatte über vermeintlichen „Sozialmissbrauch“ Früchte, die der ehemalige Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement im Stil der Bild-Zeitung angestoßen – um nicht zu sagen inszeniert – hat. Wäre die Ära des „Superministers“ Clement nicht ohnehin kurz vor ihrem Ende gestanden, er hätte seinen Rücktritt einreichen müssen. Wer Langzeitarbeitslose auf eine Stufe mit Tieren stellt, hat sich von den gemeinsamen Grundüberzeugungen der Sozialdemokratie weit entfernt.

Um nicht missverstanden zu werden: Betrügerisches Erschleichen von Sozialleistungen durch falsche Angaben erfüllt den Straftatbestand des Betruges und ist entsprechend zu verfolgen. Die Debatte der letzten Monate, die nun zu deutlichen Verschlechterungen für LeistungsbezieherInnen führen wird, schoss jedoch weit über dieses Ziel hinaus. Sie stigmatisierte und kriminalisierte Langzeitarbeitslose in einer nicht hinzunehmenden Art und Weise. Es wäre wünschenswert, wenn mit der gleichen Leidenschaft und zur Schau getragenen Empörung, mit der legale und illegale Trickereien beim Arbeitslosengeld II angeprangert wurden, auch die skandalösen legalen und illegalen Steuervermeidungsstrategien am anderen Ende der Einkommensskala ins Blickfeld genommen werden würden. Und mit der gleichen aufgesetzten Empörung, mit der Leitfäden für Bedürftige zur Maximierung ihrer Ansprüche bedauernd zur Kenntnis genommen werden könnten, gut und gerne auch die umfangreiche steuerrechtliche Fachliteratur mit ihren Hinweisen zur Minimierung der individuellen Steuerlast angegangen werden.

Der Koalitionsvertrag der Großen Koalition ist dennoch kein neoliberales Dokument. Er entzieht sich einer schablonenhaften Bewertung und lässt vor allem viele – auch zentrale – Fragen unbeantwortet. Es wird deshalb in den nächsten Monaten darauf ankommen, die Deutungsmacht über die ungelösten Problemfelder, z.B. in der Gesundheitspolitik, zu erringen und sozialdemokratische Reformprojekte voranzubringen. Nur dann kann die Große Koalition auch ökonomische Erfolge erzielen, Massenarbeitslosigkeit bekämpfen und letztlich die Lebensbedingungen

der Mehrheit der Menschen verbessern. Nur so kann dem anhaltenden Legitimations- und Glaubwürdigkeitsverlust der politischen Eliten in Deutschland begegnet werden

In den nächsten Monaten muss es aber auch darum gehen, die siebenjährige Regierungszeit von Rot-Grün kritisch und selbstkritisch aufzuarbeiten. Die Wochen der Koalitionsverhandlungen wären hierfür sicher nicht der geeignete Zeitpunkt gewesen. Jetzt gilt es jedoch gründlich zu analysieren, warum die Sozialdemokratie in den letzten drei Jahren eine historisch einmalige Serie von Wahlniederlagen erlitten hat, warum sie auch bei der Bundestagswahl am 18. September 2005 ein dramatisch schlechtes Ergebnis eingefahren hat, wieso sich Millionen ehemaliger sozialdemokratischer WählerInnen frustriert in die Wahlhaltung zurückgezogen haben, wieso die BayernSPD sich zwar stabilisiert hat, vom Absturz der CSU aber dennoch nicht profitieren konnte, und – am wichtigsten – warum die wirtschafts- und sozialpolitischen Konzepte der „Agenda 2010“ nicht zu mehr Wachstum und Beschäftigung geführt haben.

Die Debatte um ein neues Grundsatzprogramm, das den Grundstein für einen Wahlsieg bei der Bundestagswahl 2009 legen soll, kann sinnvoll nur geführt werden, wenn zuvor die positiven Ansätze, aber eben auch die Fehler der rot-grünen Regierungsarbeit benannt werden. Die Sozialdemokratie muss schnell zu einer gemeinsamen Bewertung dessen kommen, was war. Nur dann kann sie auch zu gemeinsamen Überzeugungen kommen, was sein soll. Nur dann ist sie in der Lage, die richtigen Schlüsse für die Zukunft zu ziehen. Diese Debatte werden die Jusos Bayern einfordern.

Was hat das alles mit dem Schwerpunkt dieses Heftes zu tun? Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Stagnation sind mit Sicherheit keine Entschuldigungen für Rechtsextremismus, zumal Rechtsextremisten und rechtsextreme Gewalttäter oft aus gut situierten Zusammenhängen kommen. Aber: Ökonomische Unsicherheit und Abstiegsängste, die bis weit in die Mittelschichten um sich greifen, liefern für die Argumentationsmuster alter und neuer Nazis einen fruchtbaren Nährboden. Perspektivlosigkeit hat allzu oft Menschen verführt, den einfachen Antworten der Rechten, die für jedes Problem die passenden Sündenböcke im Angebot haben, auf den Leim zu gehen. Schon deswegen ist ein entschiedenes Angehen der anhaltenden ökonomischen Probleme für SozialdemokratInnen ein Muss. Die Bilanz der Agenda-SPD der letzten Jahre an diesem Punkt fällt ernüchternd aus. Ein Kurswechsel in der wirtschafts- und sozialpolitischen Ausrichtung der Partei – noch dazu unter den erschwerten Bedingungen – einer Großen Koalition wird einige Anstrengung erfordern. Ein nochmaliges Scheitern kann sich die SPD nicht leisten. Dessen sollten sich alle bewusst sein.



Thomas Goger

Regensburg/Oberpfalz

Rechtsreferendar

Funktion:
seit April 2004 Juso-Landesvorsitzender
1998 – April 2004 stellv. Juso-Landesvorsitzender
Mitglied des Präsidiums der BayernSPD



VERBOTE ALS MITTEL IM

KEINE LÖSUNG, ABER EINE ERLEICHTERUNG

Ob bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus Verbote hilfreich sind oder ob sie den Kampf gegen Rechts eher verhindern, ist eine bei den Jusos umstrittene Frage. Um es gleich vorweg zu nehmen: In meinen Augen sind Verbote eine Hilfe – den Rechtsextremismus beseitigen kann man mit Verboten aber nicht.

Als politisch zugelassener Partei steht der NPD wie der DVU, den Republikanern und den anderen Parteien der extremen Rechten staatliche Parteienfinanzierung zu. Von der DVU einmal abgesehen, die ja die Veranstaltung des Münchner Millionärs Frey ist, finanzieren die Parteien ihre Kampagnen wesentlich aus diesen staatlichen Mitteln. Daneben können sie noch eine Reihe weiterer Vorteile aus ihrem Status ziehen. So sind die Plakatkampagnen, die beispielsweise die NPD in Ostdeutschland in vielen Gegenden betreibt nur möglich, weil Parteien ein Recht zusteht, Plakate aufzuhängen. Parteien haben darüber hinaus das Recht, öffentliche Veranstaltungen durchzuführen, um für ihre Ziele zu werben. Und nicht zuletzt können die Parteien, so sie denn in ausreichender Zahl gewählt werden, die Parlamente für die Verbreitung ihrer Ansichten nutzen. Dies geht von Kommunalvertretungen bis hin zum sächsischen und brandenburgischen Landtag.

Vorteile aus ihrem Status – allerdings deutlich kleinere als Parteien – ziehen auch Vereine. Lassen sie sich als gemeinnützig anerkennen, sind Spenden an sie steuerlich absetzbar. In der Öffentlichkeit werden Vereine in der Regel positiv wahrgenommen.

Um den Rechtsextremen die Möglichkeiten des Parteien- und Vereinsrechts zu nehmen, sind Verbote notwendig. Für das Verbot von Parteien und Vereinen stellt das Grundgesetz eindeutige Regelungen auf: „*Vereinigungen, deren Zweck oder deren Tätigkeit (...) sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten*“ heißt es in Art. 9(2), „*Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Mitglieder darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen (...) sind verfassungswidrig*“ regelt Art. 21(2). Beide Formulierungen lassen im Kern dem Staat bzw. dem Bundesverfassungsgericht keinen Ermessensspielraum, ob er Vereine und Parteien verbieten will, wenn die genannten Bedingungen vorliegen. In der rechtsextremen Ideologie ist die Ablehnung der Demokratie zentraler Bestandteil. Aber auch weniger rechtspositivistisch betrachtet macht das Verbot von Parteien und Vereinen Sinn, eben weil es ihnen die Betätigungs- und Finanzierungsmöglichkeiten nimmt. Hinter diesem Vorteil bleibt die Gefahr zurück, dass Rechtsextremisten sich nach dem Parteien- oder Vereinsverbot zu „MärtyrerInnen“ stilisieren. Eine solche Argumentation verfährt nur in der spezifischen Szene, aber nicht bei der

breiten Öffentlichkeit. Nur die Menschen, die mit rechtsextremen Gedanken sympathisieren, aber (noch) nicht klar rechtsextrem positioniert sind könnten über die „MärtyrerInnen“-Argumentation möglicherweise ins rechtsextreme Lager gezogen werden. Um diesen Bereich muss sich der Staat aber mit verstärkter Aufklärung und Bildung kümmern, um die Vorurteile, Klischees und Gedankenmuster, auf die sich rechtsextreme Ideologie aufsetzen lässt aus den Köpfen zu vertreiben. Bei dieser Arbeit helfen Verbote in der Tat nicht, sie verhindern sie aber auch nicht.

Für das MärtyrerInnen-Problem gilt die gleiche Antwort, wenn Versammlungen und Publikationen von Rechtsextremen verboten werden. Auch hier ist der Staat gefordert, bei potentiell für diese Argumentation zugänglichen Menschen mit Aufklärung und Bildung entgegenzuwirken. Dazu ist es auch notwendig, dass bei den gesetzlichen Grundlagen auf Trickereien und Verschärfungen, die nur Rechtsextremisten treffen sollen, verzichtet wird. Dies erweckt nur den Eindruck, der Staat könne dem Rechtsextremismus nicht mehr Herr werden. Daher sind beispielsweise die Änderungen beim Versammlungsrecht, die im Sommer vorgenommen worden sind, kontraproduktiv.

Dies gilt aber nicht, wenn die bestehenden Gesetze angewendet werden. Die Meinungs-, die Presse- und die Versammlungsfreiheit gelten eben explizit nicht für den Kampf gegen die Demokratie. Dieser ist aber, übrigens anders als bei gerne mit rechten in einen Topf geworfenen linken Organisationen, eines der Hauptziele der Rechtsextremisten.

Es ist eine in sich unlogische Argumentation, einerseits das Verbot von rechten Demonstrationen abzulehnen, sich dann aber daran zu beteiligen, die Demonstrationen zu stoppen. Der einzige positive Effekt liegt darin, dass die AnwohnerInnen gezwungen werden könnten, klar Farbe zu bekennen – wobei die Erfahrung zeigt, dass dies häufig nicht geschieht. Ebenso inkonsequent ist es, Veranstaltungen von Rechtsextremen nicht verbieten zu wollen, sich aber dafür einzusetzen, dass von Kommunen und Gastwirten kein Raum zur Verfügung gestellt wird und die Veranstaltungen damit faktisch doch verhindert werden.

Nach wie vor gilt der alte linke Leitspruch: „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.“ Und Verbrechen gehören konsequent verfolgt, ihre Ausführung unterbunden. Deswegen ist es richtig, auch mit Verboten zu arbeiten – wobei, wie schon am Anfang bemerkt, Verbote allein den Rechtsextremismus nicht beseitigen können. Schon allein deswegen, weil rechte Ideologien bis weit ins (klein-)bürgerliche, teilweise sogar in das sozialdemokratische Milieu anzutreffen sind – und weil sich Gedanken nicht verbieten, sondern nur politisch bekämpfen lassen.



Philipp Dees

Erlangen/Mittelfranken

Student der Neueren und Neuesten Geschichte

Funktion:
Sprecher der Juso-Hochschulgruppen Bayern,
Vorsitzender der Jusos
Mittelfranken

KAMPF GEGEN RECHTS?

AUS DEN AUGEN, AUS DEM SINN

Aufmärsche von NPD oder Neonazis, die Finanzierung der NPD durch staatliche Wahlkampfkostenerstattung, die Reden von NPD-Mandatsträgern im sächsischen Landtag; das alles ist unerträglich. Wäre es nicht schön, wenn man dem Spuk durch Verbote endlich ein Ende bereiten könnte?

Nein. Denn Verbote von Parteien und Organisationen, von Kundgebungen und Veranstaltungen sind der falsche Weg im Kampf gegen den Faschismus.

1. Aus den Augen aus dem Sinn. Parteien- und Versammlungsverbote sind ein sehr bequemes Mittel. Die NPD ist verboten, rechte Aufmärsche sind verboten – also ist das Problem gelöst, oder? Verbote sind ein willkommenes Feigenblatt für diejenigen, die die wahren Ursachen von Rechtsextremismus nicht erkennen oder sie nicht wahrhaben wollen. Zukunfts- und Abstiegsängste, die Suche nach Sündenböcken oder Vorurteile gegen Fremdes und Andersartiges machen Menschen anfällig für rechte Parolen. Wer den weiteren Abbau des Sozialstaates fordert, hilft den Rechten genauso wie diejenigen, die mit Sprüchen wie „Das Boot ist voll“, „Kinder statt Inder“ oder Parolen von „ausnutzenden Ausländern“ rechte Vorurteile bedienen. Wo das scharfe Schwert staatlicher Repression zum Einsatz gebracht werden muss, haben zivilgesellschaftliche Mechanismen der Auseinandersetzung mit dem Neonazismus längst versagt. Die Schaffung neuer Verbote erscheint deshalb nicht selten als Beschwichtigungsmaßnahme. Verbote führen dazu, dass das gesellschaftliche Engagement gegen Rechtsextremismus erlahmt. Die meisten Menschen werden das Problem als gelöst betrachten und die Politik wird gesellschaftliche Initiativen gegen Rechts nicht mehr unterstützen. Das wäre das Aus für viele gute und sinnvolle Projekte. Denn schon jetzt wird vielerorts gekürzt. Aber gerade im Kampf gegen Rechts sind die meisten Initiativen von staatlichen Geldern abhängig.
2. Meinungen kann man nicht verbieten. Zwang ändert nichts in den Köpfen. Die NPD ist so gefährlich, weil sie in weiten Teilen Sachsens, aber auch anderswo, in der Gesellschaft verankert ist. Mitglieder und Sympathisanten der NPD organisieren Straßenfeste oder Jugendclubs. Das werden sie auch nach einem Verbot tun und dadurch die rechte Ideologie verbreiten. Faschismus muss politisch bekämpft werden. Wir müssen den Kampf um die Köpfe führen.
3. Freiheit auch für die Feinde der Freiheit. So widerlich die Neonazis und ihr Auftreten sein mögen – eine Demokratie muss das aushalten. Wer Faschisten mit Verboten bekämpfen will, hat wenig Vertrauen in die Demokratie. Die Demokratie muss damit fertig werden, dass auch unerwünschte Meinungen geäußert werden. Die Kraft des demokratischen Rechtsstaates zeigt sich darin, dass er den Umgang mit seinen Gegnern rechtsstaatlichen Grund-

sätzen unterwirft. Denn die Grundrechte gelten für alle. Gerade die Meinungsfreiheit, die Freiheit, sich in Parteien und anderen Vereinigungen zu organisieren, und die Versammlungsfreiheit sind die wichtigsten demokratischen Grundrechte. Sie sind die Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie. Sie dürfen daher nur in Ausnahmefällen und nur mit einer sehr guten Begründung eingeschränkt werden. Eine missliebige Meinung ist aber kein guter Grund. Die Bürgerinnen und Bürger sind nicht verpflichtet, die Werte des Grundgesetzes persönlich zu teilen. Jeder darf diese Werte in Frage stellen, solange er dadurch nicht die Rechte anderer beeinträchtigt. Oder soll es Grundrechte nur bei politisch genehmem Verhalten geben?

4. Verbote schaden irgendwann auch der Linken. Wer entscheidet denn, welche Meinungen, Versammlungen und Parteien in Ordnung sind und welche nicht? Sicherlich nicht wir Jusos. Je nachdem, wie die herrschenden Verhältnisse sind, können sich Verbote gegen Rechts wie gegen Links richten. Wenn erst einmal die Hemmschwelle staatlicher Eingriffe und Verbote sinkt, finden sich schnell auch andere Opfer staatlicher Repression. Ein „lockerer“ Umgang mit der Verfassung würde gefährliche Gewöhnungseffekte auslösen: Wenn gegen „Extremisten“ jedes Mittel Recht ist, erscheinen auch Repressionsmaßnahmen gegen die Linke als legitim, von der Berufsverbotspraxis bis zu martialischen Polizeieinsätzen bei Demonstrationen.
5. Verbote stärken die Faschisten. Gerade wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sollten wissen, dass Unterdrückung die unterdrückte Organisation eher stärkt als schwächt. Als die SPD im Kaiserreich verboten wurde, machte das die Sozialdemokratie stärker. Denn Unterdrückung führt dazu, dass man stärker zusammenhält.
6. Verbote bringen nichts. Die Rechten werden sehr schnell Ersatzorganisationen bilden oder andere Organisationsformen finden. Anfang der neunziger Jahre wurden viele rechtsextreme Vereine und Kameradschaften verboten. Ein Teil der Szene trifft sich jetzt ohne offiziellen Verein, ein Teil radikalisierte sich. Viele aber entdeckten auch, dass die NPD durch das Parteienprivileg geschützt ist, dass sie nicht so leicht wie ein Verein zu verbieten ist und dass ihre Veranstaltungen nicht so einfach zu verhindern sind. Viele Neonazis wandten sich also der NPD zu. Die NPD tritt als Veranstalter für Neonazi-Aufmärschen auf. Die Vereinsverbote haben also die NPD und die freie rechte Szene zusammengebracht und beide gestärkt. Auch nach einem NPD-Verbot wird sich daran nichts ändern. Dann werden eben neue Parteien gegründet. Das ist wie beim Wettlauf Hase gegen Igel.
7. Wieweit will man gehen? Warum nur die NPD verbieten? Manche Linke fordern auch Repressionen gegen Burschenschaften. Warum nicht gleich auch Republikaner, DVU und Junge Freiheit verbieten? Oder gleich die CSU?



André Pöhler

Bayreuth/Oberfranken

Rechtsassessor

Funktion:
Stellvertretender
Juso-Landesvorsitzender

Imagekampagne 1935:
NS-Kundgebung auf
dem Ludwigsplatz



Du bist das Wunder von Deutschland!

ODER "ES GIBT KEINE GESCHWINDIGKEITSBEGRENZUNG AUF DER DEUTSCHLANDBAHN" *

*die Passagen wurden dem „Manifest für Deutschland“ entnommen, www.du-bist-deutschland.de

*„Ein Schmetterling kann einen Taifun auslösen. Der Windstoß, der durch einen Flügelschlag verdrängt wird, entwirzelt vielleicht ein paar Kilometer weiter Bäume. Genauso, wie sich ein Lufthauch zu einem Sturm entwickelt, kann deine Tat wirken. Unrealistisch sagst Du? ...“**

Diese Worte kommen einem wahrscheinlich bekannt vor. In den letzten Wochen konnte man sie sich des Öfteren in den Werbepausen auf verschiedenen Kanälen anhören. Die Initiative „Du bist Deutschland“ der deutschen Medienunternehmen (von Axel Springer über das Erste bis hin zu RTL) hat Deutschlands Prominente zusammengetrommelt, um endlich mal wieder Aufbruchstimmung in Deutschland zu verbreiten. Oder wie es der Leiter des ZDF-Hauptstadt-Büros Berlin, Dr. Peter Frey, formuliert: „Wir müssen Schluss machen mit Unsicherheit und Verzagtheit. Wir wollen die Menschen motivieren, ihr Selbstbewusstsein stärken und jeden Einzelnen daran erinnern, dass sein Beitrag für dieses Land wichtig ist“.

Kann man das Ganze nun einfach unter der Kategorie geschmackloser Werbespot abhaken? Nein. Dieser Werbespot ist ein weiterer Schritt auf dem Weg zu einem gestärkten Nationalbewusstsein. „Nein, nein, nein mit der NPD und den anderen Rechten will man nichts zu tun haben, diese Initiative stellt sich ja bewusst gegen Rassismus. Aber warum sollten wir Deutschen nicht auch stolz sein können auf unser Land?“

JA, WARUM EIGENTLICH NICHT?

Über den Nationalismus wird versucht, eine Identität zu konstruieren, die nicht hinterfragbar erscheint. Doch was ist denn eigentlich Deutschland? Welche Existenzberechtigung hat Deutschland? Diese Fragen existieren im Nationalismus nicht. Im Fall der Kampagne wäre die Frage: Warum bin ich Deutschland? Oder bin ich nicht doch lieber ein Mensch?

*„Weil aus Deiner Flagge viele werden und aus Deiner Stimme ein ganzer Chor. Du bist von allem ein Teil. Und alles ist ein Teil von Dir.“**

Nationalismus schafft Integration (und damit auch eine Identität) über die einfache Entscheidung: Du bist dabei und Du nicht. Im Nationalismus der Initiative „Du bist Deutschland“ ist jeder mit einem deutschen Pass mit dabei, der Rest der Welt wird einfach ausgeklammert. Die Parole heißt in unsicheren Zeiten: Zurück zur heimatlichen Scholle.

*„Unsere Zeit schmeckt nicht nach Zuckerwatte. Das will auch niemand behaupten. Mag sein, du stehst mit dem Rücken zur Wand oder dem Gesicht vor einer Mauer.“**

Mag sein du beziehst ALG II, doch du bist immer noch ein Teil von Deutschland, dies kann dir niemand nehmen. So lautet die konkrete Übersetzung der „philosophisch“ anmutenden Zeilen. Nationalismus schafft eine trügerische Sicherheit, eine letzte Haltelinie im Fall nach unten. Für die Menschen ändert sich dadurch nichts, ihr Leben wird dadurch nicht besser. Die Sozialdemokratie muss deshalb dem Nationalismus eine wirkliche soziale Sicherheit gegenüberstellen, die es den Menschen ermöglicht, ihr Leben selbstständig zu gestalten, anstatt sich selbst eines billigen Nationalismus zu bedienen. Die durch den Nationalismus geschaffene Identität verdeckt Unterschiede (es gibt kein Oben und Unten, nur ein Deutschland) und konstruiert aus der „gemeinsamen Identität“ gemeinsame Ziele. Die genauso wenig wie die Nation hinterfragbar sind. Denn das Wohl der Nation ist unser aller Wohl. *„Egal, wo Du arbeitest. Egal, welche Position du hast. Du hältst den Laden zusammen. Du bist der Laden.“* Und wenn jede/r Einzelne Teil eines Projekts ist, dann kommt es in dieser absoluten Ideologie darauf an, dass jede/r seinen Beitrag leistet. Was aber ist mit denen die nicht mitspielen? Sozialschmarotzer? Parasiten?

Aber was sind nun die gemeinsamen Ziele Deutschlands?:

*„... Frage Dich nicht, was die anderen für Dich tun. Du bist die Anderen....Behandle dein Land doch einfach wie einen guten Freund. Meckere nicht über ihn, sondern biete ihm Deine Hilfe an. Bring die beste Leistung, zu der du fähig bist. Und wenn du damit fertig bist, übertriff Dich selbst.“**

Frage Dich nicht, warum die Reichen immer weniger Steuern zahlen und Unternehmen kaum noch Beiträge erbringen für den Staat? Kritisiere nicht, dass es Menschen in diesem Land gibt, die sich keine neuen Zähne mehr leisten können. Sondern gib Dein Bestes, damit es diesem Land wieder besser geht (und damit auch den KapitalbesitzerInnen).

Die Lehrsätze „Jeder ist seines Glückes Schmied“ und „Wenn es der Wirtschaft gut geht, geht es auch den Menschen gut“ sind inzwischen so verbraucht, dass sie neu formuliert werden. Dass damit nur eigene Ziele verteidigt werden, daran hat sich nichts geändert. Nationalismus war schon immer ein Instrument, um Interessen durchzusetzen.

Also: Spiel' nicht mit, sei ein Spielverderber: Denn du bist ein Mensch!



Simone Burger

München/Oberbayern

Studentin der
Politikwissenschaft

Funktion:
Stellvertretende
Juso-Bundesvorsitzende
ECOSY-Vice President

BLICK NACH MITTE

VON GUTEN DEUTSCHEN UND ANDEREN ANSTÄNDIGEN GRUSELFIGUREN

„Das Engagement gegen den Rechtsradikalismus ist wichtig für das deutsche Ansehen im Ausland.“

Ein immer wieder gern genommener Satz(-baustein) in den Reden aufständischer Anständiger. Klingt irgendwie gut, tief besorgt, tolerant und auch bunt.

Aber was heißt das genau: Wenn das Ausland also wegschaut, ist es uns egal? Die Bemühungen für ein menschliches Miteinander sind reines Standort-Theater?

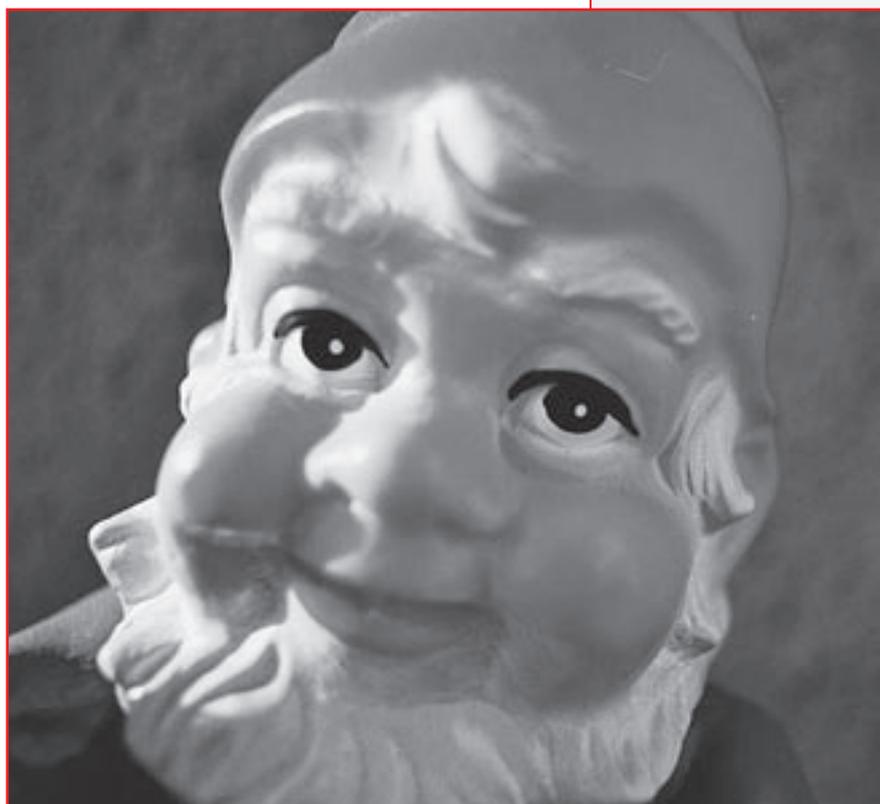
So zwiespältig wie dieser Satz ist auch das Verhältnis der gesellschaftlichen Mitte zum Thema (Neo-)faschismus/ Rechtsextremismus. Kaum jemand wird offen faschistische Positionen vertreten. Kaum jemand, der/die sich nicht gegen den Rechtsextremismus ausspricht. Aber auch kaum eine vernünftige Analyse, kaum eine fundierte Kritik.

Rechtsextreme Grundpositionen wie Antisemitismus, Rassismus, Nationalismus, Antiliberalismus, Antimarxismus oder Wahnvorstellungen von einer so genannten „natürlichen Ordnung“ sind keine Spezialität des gesellschaftlichen Rands.

Die Heitmeyer-Studie hat gezeigt, wie tief der Antisemitismus in der Gesellschaft verwurzelt ist. Und die Hoh- und Möllemänner zeigen, wie man heute noch mit antisemitischen Stereotypen Stimmung und Politik machen kann. Im neuen Gewand scheinbarer Israel-Kritik oder mit dem uralten Everbrown des „jüdischen Bolschewismus“ oder des „Finanzjuden“. Alles keine Vorkommnisse aus der rechtsextremen Ecke. Die Streichhölzer befinden sich in der Mitte. Die Brandstifter auch.

Rassistische Ressentiments sind ebenfalls nicht verschwunden. Sie sind schnell wieder benutzt. Aus Überzeugung oder reinem Kalkül. Bei der Debatte um die doppelte Staatsbürgerschaft konnte man das erschreckend deutlich wahrnehmen. Mit was für dumpfen Argumenten und einem bisschen schwarz-rot-goldenem Geschwenke lassen sich Horden anständiger Bürger mobilisieren. Was schwarz-rot-gold gefärbt ist, wird immer öfter unkritisch angenommen. Ob Krawatten, Trikots, Medienkampagnen oder Sozialabbaupropaganda, Hauptsache deutsch. Du bist Deutschland, wir sind Papst, Weltmeisterin und „wieder Wer“.

Nur wenig beleuchtet wurde bisher der Antimarxismus. Dabei ist das Wort an sich falsch. Getroffen werden sollen alle Organisationen und Erfolge der ArbeiterInnenbewegung. Eine starke ArbeiterInnenbewegung widerspricht dem rechtsextremen Unterordnungsdogma und der Wahn-



vorstellung einer einheitlichen Volksgemeinschaft ohne gegensätzliche Interessen. Wenn man sich die Geschichte der BRD ansieht, sieht man, wie tief der Hass auf alles Rote im Allgemeinen und auf selbstbewusste ArbeiterInnen im Besonderen ist.

Begünstigt vom Kalten Krieg begann die strafrechtliche Verfolgung der KommunistInnen in der BRD schon in den Fünfziger Jahren. Zum Teil mit den Richtern und Staatsanwälten der 30er und 40er Jahre. Wahlkampfplakate der CDU mit dem Titel: „Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau“ sind zwar nach 1990 mangels Moskau verschwunden, es folgen aber andere nicht weniger zweifelhafte Geistesergüsse. Das Motto des Mittelstands-Unionstags „Sozial ist was Arbeit schafft.“ kennt man auch schon länger („Sozial ist, was Arbeit schafft“ war der Wahlkampf-slogan des Hitler-Unterstützers Alfred Hugenberg Anfang der 30er).

Die bürgerliche Mitte mag zwar gegen Rechtsextremismus sein. Schaut man jedoch genauer hin, stellt man fest, dass sie vor der Übernahme ideologischer Versatzstücken nicht gefeit ist.



Martin Heigl

München/Oberbayern

Rechtsreferendar

Funktion:
Vorsitzender der Jusos
München

DUNKLE FLECKEN AUF DER WEISSEN WESTE

DIE NEUEN KONSERVATIVEN

„Neocons“ (Neo-Conservatives = die neuen Konservativen) ist heute ein gern genutzter Kampfbegriff. Als „Neocons“ bezeichnet man offiziell eine Strömung bei den amerikanischen Konservativen, in Abgrenzung vor allem zu den antimodernistischen Konservativen. Ronald Reagan galt als erster Neocon ebenso wie heute George W. Bush und weite Teile seiner Regierung. Auch in Deutschland versucht die Union neuerdings immer wieder auf deren Konzepte Bezug zu nehmen.

Nach seiner fundamentalen Krise in den 60er und 70er Jahren hat sich der Konservatismus weltweit reformiert, er hat sich geöffnet für neue Gruppen. In den USA wurde beispielsweise die bürgerliche Gleichheit betont, die BürgerInnen Amerikas müssen in der heutigen Zeit zusammenhalten, auch Farbige, Hispanics und Asiaten. Dieses „moderne Gesicht“ des Konservatismus zeigt sich auch bei der Besetzung wichtiger Posten: Alberto Gonzales, dessen Eltern Einwanderer aus Mexiko sind, wurde US-Justizminister und Condoleeza Rice als erste schwarze Frau Außenministerin. Auch in Deutschland hat sich die Union vordergründig gewandelt und mit Angelika Merkel eine Frau aus dem Osten ins Rennen als Kanzlerin geschickt.

Haben also die Konservativen aus der Vergangenheit gelernt und ihre Rolle als geistige Brandstifter nach rechts kritisch analysiert?

In den USA ist das übergreifende Bindeglied der Neocons die Außenpolitik. Geprägt wird diese Strömung nach wie vor von einem militanten Anti-Kommunismus und der Idee der Allgemeingültigkeit/Universalität der Demokratie. Dass die Demokratie allgemeingültig sein soll, stellt den größten Bruch mit dem Konservatismus alter Prägung dar. Dennoch zeichnete gerade Präsident Reagan, der von den Demokraten zu den Republikanern übertrat, für einen „pragmatischen Umgang“ mit Diktaturen wie Pinochet in Chile verantwortlich, da der gemeinsame Feind, der Kommunismus, dann während des Kalten Krieges doch im Vordergrund stand. Außerdem treffen die Neocons keine Einschränkung der Mittel, wie die Demokratie installiert werden soll, Waffengewalt wird als legitim angesehen. Heute wird die US-Außenpolitik vom größten neokonservativen „Think Tank“ dem PNAC „Projekt for the New American Century“ geprägt. Das PNAC wurde 1997 gegründet, um der Außen- und Sicherheitspolitik von Bill Clinton einen neue konservativen Strategie gegenüberzu-



stellen. Man wollte unangenehme „Wahrheiten“ wieder aussprechen, wie beispielsweise die Vorstellung, um der Rolle der USA als letzte verbliebene Supermacht gerecht zu werden, müsse mehr Geld für das Militär zur Verfügung gestellt werden. Im Mittelpunkt der Strategie steht der Begriff der „moral clarity“. Dies bedeutet zum einen Allianzen mit demokratischen Verbündeten zu schließen, auf der anderen Seite aber die Gegner der Werte der USA und ihrer Interessen klar zu benennen und sich dagegenzustellen. Die „moralische Klarheit“ führte zu einer Einteilung der Welt in gut und böse („Achse des Bösen“), welche sich durch den Patriotismus auch an der Heimatfront fortsetzte. So bietet der Krieg gegen den Terrorismus auf Basis von „moral clarity“ (Gegner von Werten und Interessen) die Grundlage für Rassismus. Da die USA als letzte Supermacht das Recht hat, ihre Interessen durchzusetzen und ihre Werte zu verteidigen (Überlegenheitsdenken), wird dies auch zum Anlass genommen, die Durchsetzung im eigenen Land fortzusetzen. Es werden Werte und Interessen aller BürgerInnen der USA konstruiert. Dadurch kann leicht unterstellt werden, dass bestimmte Gruppen sich illoyal verhalten, wie vielleicht arabische BürgerInnen, die sich nicht integrieren wollen.



Simone Burger

München/Oberbayern

Studentin der
Politikwissenschaft

Funktion:
Stellvertretende
Juso-Bundesvorsitzende
ECOSY-Vice President

Theoretisch beziehen sich die Neocons gerne auf Milton Friedmann und Leo Strauss. Leo Strauss (Deutsch-Amerikaner, 1889-1973) kritisierte in seinen Werken den modernen Liberalismus, der die individuelle Freiheit höher stellt als universelle Werte wie die Tugend. Der moderne Liberalismus führe zu einem Relativismus und damit zum Nihilismus. Um dies zu verhindern solle man sich den klassischen Theoretikern (Platon, Aristoteles und Sokrates) zuwenden und damit unvergänglichen und absoluten Werten. Von Strauss stammt auch die Kritik der Wissenschaftlichkeit und die Terminologie „des Bösen“, die die Neocons vertreten.

In der Innenpolitik firmieren die US-Neocons unter dem Schlagwort „aggressive moralists“, ihnen geht es nicht um sozialen Konservatismus sondern um „minimal government“. Der frühere „Konservatismus mit Herz“ scheint tot zu sein. Hier macht sich der Einfluss einer „neuen“ Religionsbewegung in Amerika bemerkbar, nämlich der Evangelikalen. Diese stehen in der Tradition der bibeltreuen Erweckungsbewegungen. Sie sind keine eigene Konfession, sondern eine Strömung, die sich in allen Religionen wiederfindet. Für sie ist im Christentum die Bibel die einzige Glaubensgrundlage, und damit Maßstab für Glauben und Lebensführung. Die Bibel als Buch Gottes kann auch durch Nichttheologen ausgelegt werden. Im Mittelpunkt steht allerdings die Bekehrung. Um nach dem Tod ins Reich Gottes zu kommen, reicht es nicht, getauft zu sein oder ein tadelloses Leben geführt zu haben, sondern es bedarf einer persönlichen Willensentscheidung und einer persönlichen Beziehung zu Gott im Leben (=Bekehrung). Der Alltagsgrundsatz der Evangelikalen ist „Hilf dir selbst, dann hilft dir Gott“. Diese Glaubensgemeinschaft bezeichnet alle anderen Kirchen als Irrwege und beansprucht damit einen Absolutheitsanspruch, der sich auf ihre Missionierungstätigkeit auswirkt. Die evangelikalen Kirchen haben sich in der Evangelischen Allianz (nicht zu verwechseln mit den Protestanten) zusammengeschlossen. Man schätzt, dass 1/3 aller Christen in den USA sich zu diesen Kirchen bekennen. Als Gegenbewegung zu den politischen und gesellschaftlichen Liberalisierungen ab den 70er Jahren begannen sich die religiösen Bewegungen in den USA zunehmend zu politisieren.

In letzter Zeit wurde die enge Beziehung zwischen Neocons und Evangelikalen an zwei Fragen sichtbar: der Abtreibungsfrage und der Frage ob die Schöpfungsgeschichte gleichberechtigt zur Evolutionstheorie an Schulen gelehrt werden soll. Aber die Beeinflussung geht wesentlich weiter: Das Konzept des „minimal government“, das nichts weiter bedeutet als einen Rückzug auf den Nachwächterstaat des 17. und 18. Jahrhunderts, wird religiös legitimiert („Hilf dir selbst, dann hilft dir Gott“) und mit reaktionären Werten unterfüttert (das bibeltreue Leben wird zumeist populistisch übersetzt in: kein Sex vor der Ehe, gegen Abtreibung und für das protestantischen Arbeitsethos).

Die Evangelikalen gehen sogar noch ein Stück weiter als die Katholische Kirche, die zwar auch ihre Lehre als die einzig Richtige ansieht, aber zumindest individuell Menschen nicht-katholischen Glaubens die Möglichkeit zugeht, Gottes Gnade zu erlangen. Durch diesen Absolutheitsanspruch unterstützt diese Strömung die Fundamentalisierung des Glaubens. Und bietet damit die Basis für Rassismus und Chauvinismus. Diese Tendenz wird von den Neokonservativen nicht als Gefahr gesehen, sondern aktiv unterstützt um sich dieses Wählerreservoir zu erhalten.

Zwar wurden auch in Deutschland bereits Versuche unternommen, einen „neuen Konservatismus“ auszurufen, aber eine Übertragung der US-Ideologien und -Strategien eins zu eins ist nicht möglich.

In den USA finden sich wie bereits erläutert sehr spezielle Voraussetzungen, die zum Erfolg der Neocons beitragen. Hierzu zählen sicherlich der Status der USA als letzte verbliebene Supermacht und die religiöse Extremströmung der Evangelikalen.

Es bleibt festzuhalten, dass auch die Neocons sich nicht endgültig gegen rechts abgegrenzt haben. Im Gegenteil, sie nutzen ganz gezielt den Graubereich oder überschreiten ihn und werden damit sie zu geistigen Brandstiftern.

Dies zeigt sich am deutlichsten in der gegenwärtigen US-Außenpolitik.



*Religiöses Teleshopping:
Sonntagsunterhaltung in
den USA*



I'm a Nazi-Girl, in a Nazi world

DAS FRAUENBILD DER RECHTEN



Verena Schlecht

Regensburg/Oberpfalz

Studentin der Pädagogik

Funktion:
Stellvertretende
Juso-Landesvorsitzende

Denkt man an die rechte Szene, so kommen einem zuerst Männer in den Sinn. Skinheads, Mitglieder von Kameradschaften, Redner der NPD... Aber was war das? War am letzten NPD Infostand nicht eine Frau, sind nicht Frauen beim Hess-Gedenkmarsch in Wunsiedel mitmarschiert? Seit einigen Jahren sind nicht mehr nur Männer auf rechten Veranstaltungen zu finden, sondern es tauchen auch immer mehr Frauen auf. Wie ist das möglich? Sollte nicht eine gute deutsche Frau daheim sein, sich um die Kinder kümmern und den Haushalt führen?

Die Zahl der Frauen, die im rechtsextremen Spektrum aktiv sind, hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Sie stehen nicht mehr nur neben den Männern und sind deren Freundinnen oder Frauen. Mittlerweile gibt es sowohl in den NPD-Gremien wie auch in der Skinhead-Szene weibliche Aktive.

Die so genannten „Renees“ (weibliche Skinheads) wollen von ihren männlichen Kameraden als gleich wahrgenommen werden. Es ist zwar richtig, dass der größte Teil der rechten Gewalttaten noch immer von Männern verübt wird. Frauen sind nur bei drei bis fünf Prozent an diesen beteiligt, dieser Prozentsatz stieg in den letzten Jahren aber stetig an. Auch in ihrer Radikalität nähern sich diese Frauen ihren männlichen Kameraden an. Sie tragen Bomberjacken, haben Hackenkreuz-Tätowierungen und laufen Seite an Seite mit ihren Kameraden auf Demonstrationen und Aufmärschen.

Die Skingirls innerhalb der rechten Szene. Sie gleichen sich im Aussehen und Auftreten nicht ihren männlichen Kameraden an. Sondern sie stehen mit bauchfreien T-Shirt, Jeans und blondem Pferdeschwanz daneben, wenn ihre Freunde Parolen brüllen. Es ist kaum verwunderlich, dass auch der

nationalistische Versandhandel die weibliche Zielgruppe für sich entdeckt hat. Angefangen von Bomberjacken für Frauen über Girlieshirts mit rechtem Aufdruck bis hin zur Babykleidung für den nationalen Nachwuchs kann die „deutsche“ Frau alles bekommen was ihr Herz begehrt. Trotzdem ist auch das Bild von der Frau als Mutter in der Szene noch weit verbreitet. Doch auch die Mütter fangen an sich untereinander auszutauschen und zu vernetzen. Es gibt beispielsweise Internetforen auf denen sich rechte Mütter über die besten Methoden der Kindererziehung austauschen. Auch wird ihnen mittlerweile eine Vielzahl von Möglichkeiten geboten, sich zu engagieren. Angefangen vom „Braunen Kreuz“, dem nationalistischen Sanitätsdienst über die – speziell auf Mütter zugeschnittene – „Gemeinschaft Deutscher Frauen“ bis hin zur „Hilfsgemeinschaft nationaler Gefangener“, die es sich zur Aufgabe gemacht hat rechtsextremistischen Häftlingen Päckchen zu schicken.



Auch innerhalb der NPD werden immer mehr Frauen aktiv. Sie kandidieren bei Wahlen, sitzen in verschiedenen Gremien der Partei und sind am Wahlkampf beteiligt. Mittlerweile hat die NPD einen Frauenanteil von zehn bis zwanzig Prozent. Die Frauen bleiben damit natürlich immer noch deutlich unterrepräsentiert. Jedoch auch nicht sonderlich mehr als in konservativen Parteien. Die CSU in Bayern zum Beispiel hat einen Frauenanteil von nur 17 Prozent.



Auch das germanische Bild von der Frau als göttlicher Mutter ist noch zu finden. Daraus ergibt sich für Teile der Frauen die Ansicht, dass wer auch immer sich für die Gleichberechtigung der Geschlechter einsetze nichts anderes fordere als die Wiederergreifung des Erbes des germanischen Frauentums. Die Frauen sollen neben ihren Männern stehen und sich mit ihnen gemeinsam für die nationale Sache einsetzen. Oftmals sind es heutzutage dann auch die Frauen, die die politischen Gegner beobachten. Sie fotografieren bei rechten Aktionen die Gegendemonstranten und spionieren linke Gruppen aus, um Feindlisten zu erstellen.

Es lässt sich also feststellen, dass es mittlerweile ein überraschendes Nebeneinander von Frauenbildern bei den Rechtsextremisten gibt. Nahezu alles ist vertreten, das Girlie, die Mutter, die Kameradin, ja sogar die Frauenrechtlerin. In den letzten Jahren scheint es einen regelrechten Frauenboom in der Szene gegeben zu haben. Diese Entwicklung innerhalb der rechten Szene mag den Einen oder die Andere vielleicht verwundern. Aber rechte Einstellungen sind bei Männern und Frauen schon immer in gleichem Maße verankert gewesen. Dadurch, dass den Frauen jetzt die Möglichkeit gegeben ist, nicht mehr nur den Platz der treusorgenden Mutter einzunehmen, sondern sie sich auch anderweitig beteiligen können, haben immer mehr Frauen angefangen sich für ihre – ohnehin schon vorhandenen – Einstellungen einzusetzen.



In der Vergangenheit war der häufigste Anlass für den Ausstieg aus Kameradschaften oder rechten Parteien, dass die betreffenden Männer außerhalb rechtsextremer Kreise eine Frau fanden. Mit dieser Ausstiegsmöglichkeit dürfte es voraussichtlich beim steigenden Frauenanteil der Szene aber bald vorbei sein.

Völkisches Denken gibt es nicht nur im Rechtsextremismus, es reicht bis in die alternative Szene hinein.

Das lässt sich auch am Beispiel der Matriarchatsdebatte festmachen.¹

¹ Das neuzeitliche Kunstwort „Matriarchat“ wurde Ende des 19. Jahrhunderts in Anlehnung an das Wort „Patriarchat“ gebildet. Mit Matriarchat wird im allgemeinen modernen Sprachgebrauch eine Gesellschaftsform bezeichnet, die vorrangig von Frauen geprägt ist. Der Matriarchatsbegriff kann auch im Sinn von „am Ursprung die Mutter“, also ohne Herrschaftsimplication gebraucht werden. Es gibt aber einen Verknüpfungspunkt der verschiedenen Matriarchats-theorien: Das Matriarchat wird irgendwo anders vermutet, es ist niemals hier. Auch Sozialisten wie Bebel und Engels und die neue Frauenbewegung arbeiten mit dem Matriarchatsbegriff, doch wird er hier in einem rationalen und materialistischen Sinn zur Beschreibung von Herrschafts- und Eigentumsformen, ökonomischen Abhängigkeiten und Machtverteilung verwendet.

Die mystische Verklärung der Frau – und in diesem Zusammenhang insbesondere der Mutter – als Verkörperung der Natur, als Erd- oder Himmelsgöttin, als treue Gefährtin des Mannes steht im Zentrum der Matriarchatstheorie von völkischen Mutterrechtlern wie Herman Wirth, der als Inspirator der SS-Institution ‚Ahnenerbe‘ für kurze Zeit eine bedeutende Position im NS-Staat hatte. Der mystische Ansatz passte zum deutschen Faschismus, der einen stark esoterischen Anstrich hatte und auf Symbole und Riten setzte. Mit dieser Konstruktion der mythischen Weiblichkeit, die auf nordisch-germanischem Gedanken- und Kulturgut basierte, verklärten und verbanden völkische Mutterrechtler Mutterfiguren, Erdverbundenheit und Nationalismus.

Diese Verklärung finden wir auch heute in Teilen der alternativen Szene, die sich betont antimodernistisch geben und Rationalität kritisieren: Technischer Fortschritt, rationales Handeln und sonstige zivilisatorische Errungenschaften sollen der Spiritualität, der Esoterik weichen. Das universelle weibliche Prinzip, basierend auf einem rigiden Geschlechtsdualismus, wird zum Heilmittel gegen vermeintliche Zivilisationsbeschwerden jeder Art stilisiert und ist somit extrem reaktionär.

So werden die Ideen des Ahnenerbe-Mitbegründers Wirth auch heute weiter getragen. Dass ihm in den 1970ern der Anschluss an alternative Kreise und die Indianerunterstützerszene gelang, ist auch auf das „religiöse Flair“ zurückzuführen, das ihn umgibt. Für die Vorstellungen von einem organischen Zusammenhang zwischen Mensch und Natur sind viele offensichtlich bereit, die rassistischen Grundlagen der völkischen Mutterrechtler zu übersehen.



Diese Toleranz von rechtem, rassistischem Gedankengut in (vermeintlich) „links angehauchten“ Kreisen ist gefährlich und darf nicht unterschätzt werden. Daher dürfen wir Diskussionen mit Teilen der Grünen nicht scheuen, wenn derartige antifortschrittliche, mystische Verklärungen angeblich unter dem Dach des Feminismus angesiedelt und verbreitet werden.

Wirth wand sich übrigens nie von der nationalsozialistischen Ideologie ab. 1960 erklärte er das Scheitern Hitlers so: „Geistig unfähige Mitarbeiter, in Verbindung mit einer geistesgeschichtlich völlig unzulänglichen, gestrigen männlichen Fachwissenschaft, schufen an jener männerbündisch-ideologischen Ausrichtung des Nationalsozialismus in ihrer Weiterentwicklung als ‚Drittes Reich‘ mit... So kam es, dass die deutsche Gemeinschaft im Aufbruch des Nationalsozialismus Hitlers nicht zur Entfaltung gelangte und dass an maßgebend beratenden und führenden Stellen sich keine geistig hochstehenden Frauen befanden, bei denen man noch hätte erfahren können, ‚was sich geziemet‘. Der deutsche Name stände heute unantastbar in der Welt.“



Katrin Sell

Bamberg/Oberfranken

Studentin der Englischen Sprachwissenschaften (MA)

Funktion:
Mitglied des Juso-Landesvorstandes

DER UMGANG MIT DER **NPD** *Die Nationalen* IM SÄCH- SISCHEN LANDTAG

Seit über einem Jahr sitzen zwölf Abgeordnete der rechts-extremen NPD im Sächsischen Landtag. Die mancherorts gehegte Hoffnung, die Fraktion der so genannten Nationaldemokraten werde sich im politischen Alltag rasch selbst entzaubern, hat sich in dieser Zeit leider nicht erfüllt. Ganz im Gegenteil. Der aus den deutschlandweit profiliertesten Parteikadern rekrutierte NPD-Stab hat die parlamentarischen Verfahren bis ins letzte Detail studiert und spielt mittlerweile virtuos auf der Klaviatur der Geschäftsordnung. Dilettantische Auftritte, wie wir sie von der DVU in Brandenburg oder Sachsen-Anhalt kennen, waren bei der NPD in Sachsen bestenfalls die Ausnahme von der Regel. Die NPD tritt auch – ihrer Rolle als „Kaderpartei“ gerecht werdend – stets geschlossen auf. Wollen die demokratischen Parteien verhindern, dass Vertreter der NPD auch im nächsten Sächsischen Landtag wieder Platz nehmen dürfen, müssen sie sich klug und offensiv mit der braunen Ideologie auseinandersetzen – sowohl im Parlament als auch vor Ort.

Der Umgang mit der NPD

Bezüglich des Umganges mit der NPD gehen die Meinungen sowohl zwischen wie auch in den demokratischen Parteien stark auseinander. Aus den Erfahrungen des vergangenen Jahres kann jedoch der eindeutige Schluss gezogen werden: Es hilft nicht weiter, die NPD-Fraktion als „Betriebsunfall der Demokratie“ einfach zu ignorieren.

In ausgewählten Fällen mag es zwar geboten sein, obskure Debatten der Neonazis – zum Beispiel über die Rückkehr Sachsens zur D-Mark – mit Ironie und schweigender Verachtung zu quittieren. Grundsätzlich müssen sich die Demokraten jedoch der inhaltlichen Auseinandersetzung mit der NPD-Ideologie stellen.

Die SPD-Fraktion hat in diesem Zusammenhang stets versucht, den ideologischen Kern der NPD-Initiativen herauszustellen. Relativ einfach ist dies bei Debatten möglich, die

die schrecklichste Epoche der deutschen Geschichte reflektieren. Bei derartigen Gelegenheiten enttarnt sich die NPD in der Regel selbst. Exemplarisch sei in diesem Zusammenhang an die im Januar 2005 angezettelte Diskussion um die Luftangriffe auf Dresden erinnert, die in dem vom NPD-Abgeordneten Jürgen Gansel eingeführten Begriff „Bomben-Holocaust“ gipfelte. Vom Redepult des sächsischen Parlaments aus und mit erschreckender Offenheit versuchten die Neonazis, die geschichtliche Einzigartigkeit der industriellen Vernichtung von Millionen Juden zu relativieren. Es versteht sich von selbst, dass die NPD bei diesem ungeheuerlichen Tabubruch auf heftigste Ablehnung seitens aller demokratischen Fraktionen stieß.

Weit schwieriger gestaltet sich indes der Zusammenhalt der Demokraten, wenn die NPD aus taktischen Gründen auf sachpolitische Themenfelder ausweicht und sich dabei als „Anwalt der kleinen Leute“ in Szene setzt. Mit beispielloser Scheinheiligkeit initiierten die Neonazis in den vergangenen Monaten die vielfältigsten Debatten – z.B. über die Bekämpfung von Krankheiten, über Hilfeleistungen für Bauern und in Not geratene Betriebe sowie über die in Sachsen ebenso unpopulären wie nötigen Schulschließungen. Derartige Diskussionen verlangen den demokratischen Fraktionen ein hohes Maß an Fingerspitzengefühl und Verantwortungsbewusstsein ab.

Konkrete Absprachen im Parlament

Maßgeblich auf Initiative der SPD-Fraktion wurden zwischen den demokratischen Fraktionen bezüglich der parlamentarischen Auseinandersetzung mit der NPD verbindliche Absprachen getroffen. Insbesondere der CDU-Fraktion – die bislang immer stets auf Abgrenzung gegenüber der Linksfraktion/PDS bedacht war – forderte dieser Schritt eine gehörige Portion Selbstüberwindung ab. Ungeachtet kleinerer Querelen hat sich besagte Vorgehensweise im Tagesgeschäft bewährt.



**Prof. Dr.
Cornelius Weiss**

Funktion:
Vorsitzender der
sächsischen SPD-Landtags-
fraktion



So spricht für Koalition und Opposition zu NPD-Initiativen in der Regel nur noch jeweils ein Redner. Damit wird unter anderem der Gefahr vorgebaut, dass sich bei einem von den Neonazis gesetzten Thema inhaltliche Kontroversen zwischen den demokratischen Fraktionen entwickeln. Sowohl ich als auch mein Kollege von der CDU nehmen sich zudem das Recht, auf Provokationen der Rechtsextremisten ebenso kurz wie gezielt zu reagieren – eine Vorgehensweise, die sich als sehr praxistauglich und effizient erwiesen hat. Emotionale Gesten wie der Auszug aus dem Plenarsaal – wie sie zu Beginn der Legislaturperiode bei NPD-Provokationen wiederholt praktiziert wurden – scheinen mir hingegen kein geeignetes Mittel der Auseinandersetzung mit den Rechtsextremisten zu sein. Wie sagte Herbert Wehner so treffend: „Wer hinausgeht, der muss auch wieder hineinkommen.“

Öffentliche Wahrnehmung

Die Wahrnehmung der NPD und unseres Umgangs mit ihr wird weitgehend durch die Medien bestimmt. Direkt nach der Landtagswahl herrschte eine Aufregtheit vor, die sowohl aus der scheinbaren Hilflosigkeit der demokratischen Parteien als auch aus der fehlenden Erfahrung der Medien im Umgang mit einer derartigen Situation resultierte. Durch das geschlossene Auftreten der demokratischen Fraktionen bei den unglaublichen Provokationen der NPD zu Beginn des Jahres 2005 änderte sich dieses Bild jedoch grundlegend. In den tagesaktuellen Medien spielt die NPD momentan nur noch eine untergeordnete Rolle. Nach der – gemessen an ihren eigenen Ansprüchen – sang- und klanglos verlorenen Bundestagswahl wird die NPD ihre Ressourcen wahrscheinlich noch stärker auf die außerparlamentarische Arbeit konzentrieren. Wir Demokraten sollten uns möglichst rasch auf diese neue Strategie der Neonazis einstellen.

Auseinandersetzung jenseits der Parlamente

Die sächsische NPD versucht, insbesondere im ländlichen Raum Strukturen aufzubauen, die tief in die Gesellschaft hinein reichen. Für die Demokraten ergibt sich daraus das unbedingte Erfordernis, sich mit den Rechtsextremisten und ihren Wahnvorstellungen verstärkt vor Ort auseinanderzusetzen.

Es muss unter allen Umständen verhindert werden, dass sich die wahnwitzige Ideologie der NPD weiter in der Mitte unserer Gesellschaft ausbreitet. In diesem Zusammenhang sei auf das Extrembeispiel der Region Sächsische Schweiz verwiesen: Durch die Konzentration eigener Ressourcen und begünstigt durch eine zu schwache Zivilgesellschaft ist es der NPD hier bereits gelungen, sich mit ihrem extremistischen Gedankengut im vorpolitischen Raum fest zu verankern. Ob im Sportverein, im Jugendclub oder beim Festkomitee – die NPD ist stets mit von der Partie.

Dieses Einsickern der Rechtsextremisten und ihrer Pseudowerte weist auf gravierende Defizite der Politik hin. Viele Menschen fühlen sich von den aktuellen Entwicklungen überfordert und finden bei den demokratischen Parteien keine Antwort auf die drängenden Fragen unserer Zeit. Mit populistischen Parolen gelingt es der NPD, diese Schwäche der Demokratie geschickt für sich auszunutzen.

Mit einer so genannten Patriotismus-Debatte versucht die CDU zurzeit, die „Lufthoheit über die sächsischen Stammtische“ zurück zu gewinnen. Meiner Meinung nach führt es jedoch genau in die verkehrte Richtung, wenn man sich zwar von rechten Gewalttätern distanziert, ihr dumpfes Weltbild aber in eine „zivilisiertere“ politische Sprache kleidet. Rechtspopulistische Stammtischparolen – wie etwa: „kulturelle und historische Schicksalsgemeinschaft der Nation“, „positive nationale Wallungen“ oder „Momente kollektiver Erhebungen“ – sind jedenfalls so ziemlich das letzte, was eine aufgeklärte Bürgergesellschaft am Anfang des 21. Jahrhunderts benötigt. Und wie heißt es so schön im Volksmund: Man kann den Teufel nicht mit dem Beelzebub austreiben. Gewählt wird am Ende ohnehin immer das Original.

Wir Sozialdemokraten tun gut daran, uns weiterhin beziehungsweise noch stärker für die Solidarität mit den Schwachen, den Ausgegrenzten, den Verlierern unserer Leistungsgesellschaft zu engagieren. Dies – und nicht Vaterlandsliebe – ist der Kitt, der unsere Gemeinschaft zusammenhält.

Der „Aufstand der Anständigen“ ließ nach dem Einzug der NPD in den sächsischen Landtag im September 2004 nicht lange auf sich warten. Der Spiegel sprach angesichts der Wahlergebnisse von NPD und DVU bereits von einer „Konterrevolution im Osten“, bei der sich die Mehrheit der Sachsen und Brandenburger gegen die Demokratie entschieden habe.¹ Als einzige rechtsextreme Partei konnte die NPD im Jahr 2004 gleichzeitig einen leichten Mitgliederzuwachs (+6%) verzeichnen und auch die finanzielle Situation der Partei verbesserte sich im Zuge der Wahlerfolge im Saarland (4%) und in Sachsen (9,2%) merklich. Es stellt sich freilich die Frage, wie die ehemals als „Partei der Ewiggestrigen“ verschriene NPD diese Trendwende erreichen konnte.

Die zentrale Strategie der NPD ist die Drei-Säulen-Strategie, die erstmals auf einem Kleinen Parteitag am 5. Oktober 1997 vorgestellt wurde. Die NPD will sich damit von einer reinen Wahlpartei zu einer politischen und gesellschaftlichen Bewegung fortentwickeln. Diese Entwicklung soll durch folgende drei Elemente erfolgen: den „Kampf um die Straße“, den „Kampf um die Köpfe“ und den „Kampf um die Parlamente“.

„Kampf um die Straße“:

Den „Kampf um die Straße“ erachtet die NPD als Grundlage zur Mobilisierung der Massen. Dieser Kampf offenbart sich vor allem in der Organisation von Demonstrationen und Kundgebungen zusammen mit Neonazis und rechten Skinheads. Verstärkt nimmt sich die NPD auf derartigen Veranstaltungen auch so genannten „weichen Themen“ an. Im Vorfeld der Landtagswahlen im September 2004 nahm die Partei zu diesem Zweck auch an Demonstrationen gegen die Arbeitsmarktreformen Hartz IV teil. Die NPD plant, dadurch ihren rechtsextremen Charakter in den Hintergrund zu rücken und eine Modifikation der öffentlichen Wahrnehmung zu erreichen. Zugleich möchte die NPD ihren Führungsanspruch im rechtsextremen Lager verdeutlichen. Unter dem Dach der NPD sollen sich infolgedessen die „nationalen Kräfte“ sammeln, um dem langfristigen Ziel einer „nationalen Revolution“ näher zu kommen.

„Kampf um die Köpfe“:

Der „Kampf um die Köpfe“ hat zuallererst den flächendeckenden Aufbau von Parteistrukturen zum Ziel. Mit Hilfe dieser Parteistrukturen soll einerseits die Mitgliederwerbung optimiert werden. Zum Anderen sollen umfassende Mitglieder- und Anhängerschulungen ermöglicht werden. Der „Kampf um die Köpfe“ zielt zunächst auf die eigene Anhängerschaft, aber er hat zudem einen auf die Außenwirkung der Partei gerichteten Aspekt. Der Parteivorsitzende Udo Voigt sagte in diesem Zusammenhang, dass die NPD nur dann auf Dauer bestehen könne, „wenn wir mit Persönlichkeiten ‚Gesicht‘ zeigen, die uns repräsentieren und für den Bürger wählbar sind und seine Identifikation mit uns erlauben.“²

Im Jahr 2004 trat der „Kampf um die Köpfe“ hinter den „Kampf um die Straße“ und den „Kampf um die Parlamente“ zurück. Die Intellektualisierungsbemühungen der NPD konnten bislang noch keinen durchschlagenden Erfolg verzeichnen, was u.a. durch die Tatsache evident wird, dass das „Nationale Bildungszentrum“ der NPD in Berlin-Köpenick bis heute noch nicht seine Arbeit aufgenommen hat.

„Kampf um die Parlamente“:

Der „Kampf um die Parlamente“ ist schließlich das letzte Element der Drei-Säulen-Strategie. Die kommunale Ebene wird dabei als Grundlage für die politische Basisarbeit betrachtet. Der Parteivorsitzende Udo Voigt erklärte dazu auf dem Bundesparteitag am 23. und 24. Februar in Mulda (Sachsen), das „nationale Fundament“ müsse in den Kommunen aufgebaut werden. Man müsse die Vertreter deutscher Interessen kennen, nur dann könne man sich dauerhaft in den deutschen Parlamenten verankern. Die Teilnahme an Europa-, Bundes- und Landtagswahlen sei mittelfristig rein taktischer Natur, um Präsenz zu zeigen, in die Schlagzeilen zu gelangen und Geld aus der staatlichen Wahlkampfkostenerstattung zu erhalten.

Bei einer abschließenden Betrachtung der Drei-Säulen-Strategie ist festzuhalten, dass sie als konzeptionelles Dach für die Arbeit der NPD zu erachten ist. Die Partei versucht, durch systematische Basisarbeit die Hegemonie im rechtsextremen Lager zu erreichen. Durch die gezielte Anwerbung von Meinungsführern der rechtsextremen Szene möchte sie ihren Anspruch auf eine „nationale Sammlungsbewegung“ unter ihrem Dach untermauern. Neben der Öffnung der Partei für Neonazis und rechte Skinheads birgt vor allem die Besetzung von „weichen Themen“ innerhalb der politischen Debatte ein besonderes Gefahrenpotential, da auf diese Weise der „nationale Sumpf“ der NPD verdeckt wird und sie sich so ein (national-) soziales Antlitz zu geben versucht.

Fehlten der NPD in der Vergangenheit die finanziellen Mittel, um eine konsequente Basisarbeit zu betreiben, so ist seit den Landtagswahlen im September 2004 und der damit einhergehenden staatlichen Wahlkampfkostenerstattung auch dieses Problem nicht mehr vorhanden. Infolgedessen hat die 3-Säulen-Strategie nun auch eine finanzielle Untermauerung erfahren, die die Partei sicher zu nutzen weiß.

¹ Stefan Berg: Konterrevolution im Osten, URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,318824,00.html> (27.10.2005).

² Udo Voigt: Mit der NPD auf den Weg in das neue Jahrtausend.



Matthias Menke

Neubiberg/Oberbayern

Student der Politologie

Funktion:

Stellvertretender

Juso-Landesvorsitzender

Keine Lieder über *Liebe*

Die NPD-Schulhof-CD in der Kritik



Frieden durch Krieg – zum bösen Spiel die guten Mienen. Frieden durch Krieg – dabei sein heißt verdienen. Den Sieg vor Augen, nicht den Frieden im Sinn. Ihr löscht Feuer mit Benzin!

Waren wir nicht alle gegen den Irakkrieg? Hätte man das oben zitierte Lied „Frieden durch Krieg“ der Band Odem bei einer der Demonstrationen gegen den Irakkrieg laufen lassen, kaum ein Teilnehmer wäre hellhörig geworden. Mit der rotzig vorgetragenen Kritik an dem Angriffskrieg der USA bewegt sich der Song im bundesdeutschen Mainstream der damaligen Zeit. Blöderweise stammt der Song von der sogenannten „Schulhof-CD“ der NPD. Mit Gratismusik-CDs wollten die Nationaldemokraten im Vorfeld der Bundestagswahl 2005 für sich und ihre Politik werben. Doch was ist wirklich dran an der Platte?

Versucht man, die Schulhof-CD der NPD mit unvoreingenommenen Ohren zu hören, fällt einem erst einmal wenig auf, was zwingend in die ultrarechte Ecke deutet. Sicher, die Macher klingen wütend. Sie prangern deutsche Zustände an und leiden mitunter auch gewaltig unter diesen. OK, normalerweise erwartet man nicht die Nationalhymne in allen drei Strophen auf einer CD für Jugendliche, aber in Zeiten von „Du bist Deutschland“ weiß man ja nie. Jedenfalls wird weder Hitler gerühmt noch direkt zur Gewalt gegen Andersdenkende aufgerufen.

Die NPD hat Kreide gefressen. Doch das hat sie keineswegs freiwillig getan. Nach dem Versuch Otto Schilys, die NPD verbieten zu lassen, und der zunehmenden Aufmerksamkeit von Staatsanwälten gegenüber den rechten Verlautbarungen war Zurückhaltung das Gebot der Stunde. Im Übrigen dürften die Macher noch am Scheitern ihres Vorgängermodells der Schulhof-CD „Anpassung ist Feigheit - Lieder aus dem Untergrund“ zu knabbern haben. Diese wurde wegen Verunglimpfung des Staates und Jugendgefährdung aus dem Verkehr gezogen. Die Nachfolge-CD hingegen ist juristisch wasserdicht und muss wohl auch deswegen auf deutlichere Worte verzichten.

Doch wie kommt man als rechtsextreme Partei mit nicht allzu populärem Gedankengut an die Zielgruppe heran? Im Falle der Schulhof-CD mittels plumpen Heranschmeißens an die Kundschaft. Schon der Titel spricht Bände: „Hier kommt der Schrecken aller linken Spießer und Pauker!“ Bebildert ist das Titelblatt dann noch mit einer Schultasche, die mit Buttons, Sprüchen und Badges verziert ist. Perfiderweise sieht die Tasche beim flüchtigen Hinsehen klassisch links-autonom aus. Die NPD deutet hier also ein subkulturelles Element um und benutzt es für ihre Zwecke. Auch der Comic-Strip, mit dem die Innenseite des Covers geschmückt ist, schlägt in diese Kerbe. Die Nationaldemokraten gehen offensichtlich von der Annahme aus, wer pubertierende Jugendliche erreichen möchte, müsse sich irgendwie revolutionär und gegen das Establishment geben. In bisherigen Jugendgenerationen waren diese symbolisch-politischen Kategorien nun aber von linken Ideen besetzt. Die NPD übernimmt nun bloß die Symbolik und versucht, sie mit ihrem eigenen Gedankengut zu füllen.

Besonders augenfällig wird diese Strategie der „Umwidmung“, wenn man sich die beiden Hauptmusikrichtungen auf der Platte genauer ansieht. Es gibt auf der CD einerseits folkige Protestsongs in Liedermachertradition, andererseits „Skinheadmusik“, die mit ihren Anleihen an Punk und Hardcore brachialer daherkommt. Interessanterweise haben beide Musikrichtungen ihren Ursprung in linken (Jugend-)Kulturen. Die Liedermachersongs erinnern den unvoreingenommenen Hörer relativ schnell an die frühe deutsche Umwelt- und Friedensbewegung der 70er/80er Jahre und auch die Anklänge an die DDR-Liedermacher



Nicole Bormann

Niederbayern

Studentin der Soziologie

Funktion:
Stellvertretende
Juso-Landesvorsitzende

sind kaum zu überhören. Entsprechend schwierig dürfte sich im Übrigen auch der Zugang der Zielgruppe zu Musik dieser Art gestalten, die vom Stil her doch eher ans Teilnahmefeld des European Song Contest erinnert. Inhaltlich sind die Folksongs dann auch eher skurril. So findet sich beispielsweise Frank Rennicke, auch bekannt als „rechter Reinhard Mey“, mit seinem Schmachtfetzen über „Das Mädchen mit der Fahne“ im Repertoire. Im Duett mit einer nicht genannten jungen Dame trägt er dem geneigten Hörer hierbei die tragische Geschichte eines 15jährigen deutschen Mädchels vor, das im Mai 1945 in Hamburg mit einer schwarz-weißen roten Fahne durch die Strassen zieht. Als ein Engländer sie auffordert die Fahne niederzulegen, weigert sie sich standhaft und heroisch. Das Lied endet mit der malerischen Schilderung der Leiche des jungen Mädchens. Bei solcher Musik kriegt man also bei der NPD Gefühlswallungen. Eine Erwähnung wert ist auch Annett, deren Lied „Zeit zu rebellieren“ klingt wie eine nationalere Version von Katja Ebstein. Aus ihrer Sicht läuft in Deutschland einiges falsch:

Weißt du, wie viele Deutsche vor lauter Elend nicht mehr lachen?

In einem Einkaufswagen herumfahren all ihre Sachen?

Wie viele Deutsche schlafen unter Brücken?

In diesen Dreck, da würdest du dich nicht bücken.

Wie viele auf dem Babystrich Euch hörig sind, und in Deutschland, das gibt's

Hungert auch noch ein Kind.

Und sie fährt in ihrer Schlussfolgerung fort:

Dann frag ich laut: Läuft hier nicht was schief? Denn die, die leiden sind wir.

Ja, man muss sagen: Im Leiden sind die Liedermacher auf der NPD-CD richtig gut. Da wird z.B. nachträglich mit der vertriebenen Mutter glitten (Noie Werte: Vertriebenenballade) oder um die eigene Existenz gebangt („Deine Arbeit, deine Kinder, dein bisschen Geld, sind eingeplant von der Unterwelt.“, Faktor Widerstand: Wenn der Wind sich dreht). Aber auch handfeste Aufrufe zum „Erwachen“ aus der Lethargie finden ihren Platz.

Die zweite Strömung rechter Musik auf der CD klingt anschlussfähiger. Unter dem Label „Skinheadmusik“ versammeln sich hier Bands, die mit einem Spektrum von Hardrock über Hardcore-Klänge bis hin zu Punk arbeiten. Auch diese Musikrichtungen haben alle ihren Ursprung in linken Jugendkulturen und wurden von den rechten Kreisen quasi „adoptiert“. Die Songs sind meist treibend und werden von heiser gebrülltem Gesang begleitet. Es ist die Musik, die man auf einem rechten Skinhead-Konzert erwarten würde und bei der sich die Besucher Pogo tanzend und Parolen brüllend austoben können. Musikalisch dürfte dieser Teil der CD somit eine recht große Attraktivität auf Jugendliche ausüben. Vorgewarnt durch das Verbot des Vorläufers der Schulhof-CD, gestalten sich nämlich auch die Texte zurückhaltend. Abgesehen von der Warnung an Gegner: „Ich kenne deinen Namen, ich kenne dein Gesicht. Du bist die Faust nicht wert, die deine Nase bricht.“ (Noie Werte: Wer die Wahrheit spricht, verliert), formuliert man eher allgemein gehaltene Aufrufe an die Hörer, die Augen zu öffnen und die wahren Zustände in Deutschland zu erkennen. Hier wiederholt sich dann die



übliche NPD-Propaganda-Liste: Von korrupten Politikern, öffentlicher Meinungsmache und der Macht des Kapitals (natürlich nur mit unterschwelliger Andeutung jüdischen Einflusses) geht die Bandbreite angeprangerter Missstände weiter über Abtreibungen zu geldgeiler Kriegstreiberei. Die Schlussfolgerung, die musikalische Ausrichtung der CD befände sich verglichen mit zeitgenössischen Strömungen wie Hip Hop nicht ganz auf der Höhe der Zeit (oder: ist hoffnungslos veraltet), liegt nach dem Hören der Platte nicht allzu fern. Diese „Altmodischkeit“ könnte jedoch einem bestimmten Zweck dienen, nämlich einer spezifischen Zielgruppenansprache. Die NPD zielte mit ihrer Verteilaktion auf Erstwähler der letzten Bundestagswahl. Zieht man dazu noch in Betracht, aus welchen Personen sich die Anhängerschaft rechtsextremer Positionen zusammensetzt, zeigt sich, dass die CD besonders auf männliche Jugendliche niedrigen Bildungsstands zugeschnitten sein sollte. (Auch die Verteilungsorte wurden im Übrigen nach diesen Gesichtspunkten ausgewählt, etwa Berufsschulen in Ostdeutschland.) Gerade diese Gruppe zeigt eine Vorliebe für gewöhnlich gestrickte Rockmusik, gerne auch mit aggressivem Unterton. Mit diesem Muster arbeiten ja bereits kommerziell sehr erfolgreiche Bands wie Böhse Onkelz, die gekonnt die Sehnsüchte ihrer Kundschaft nach Protest und Rebellion ansprechen. Damit erhält die Schulhof-CD zumindest potentiell eine nicht zu vernachlässigende Bedeutung bei dem Versuch der Rechtsextremen, Nachwuchs für ihre Bewegung zu rekrutieren. Sozusagen als Einstiegsdroge liefern die Demagogen über das Mittel der Musik einen ersten Zugang zum rechten Weltbild, harmlos verpackt als rebellische Gesellschaftskritik.

200 000 Exemplare der Schulhof-CD hat die NPD nach eigenen Angaben im Vorfeld der Bundestagswahl pressen lassen. Wie viele davon wirklich einen Abnehmer gefunden haben, bleibt auch im Nachhinein schwierig zu sagen. Fest steht, dass beispielsweise in Bayern kaum Fälle bekannt wurden, in denen an Schulen verteilt wurde. Und in Gegenden in denen die Aktionen stattfanden, gab es vielfältige Gegenaktionen. So „tauschten“ beispielsweise die Jusos die NPD-CDs gegen eine Ausgabe des Samplers „Gemeinsam gegen Rechts“ ein, auf dem sich bekannte deutsche Bands, wie etwa die Sportfreunde Stiller, die Fantastischen Vier oder 2raumwohnung mit ihren Songs gegen Rechts einsetzen.

Nichtsdestotrotz ist damit zu rechnen, dass ähnliche Aktionen der NPD zukünftig eher noch zunehmen. Deswegen heißt es auch weiterhin: wachsam bleiben!